Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2023/06197**
Datum: 19.09.2023
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Schaper, Torsten
Plandatum:

Beratungsfolge	**Termin**	**Status**
Bildungsausschuss	10.10.2023	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung	12.10.2023	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	17.10.2023	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	25.10.2023	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Fraktion der Freien Demokraten zum Schutz hallescher Schülerinnen und Schüler vor Diebstahl und Gewalt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, vor Schulen, an denen es in den letzten 6 Monaten vermehrt zu Raub- und Gewaltdelikten gekommen ist, Sicherheitsdienste abzustellen. Diese sollen vorrangig zu Schulschluss vor der jeweiligen Schule und im nahen Umfeld kontrollieren und Überfälle abwehren.
Es ist zu prüfen, inwieweit bestehende Verträge mit Sicherheitsfirmen angepasst werden können oder eine zeitliche Umsetzung des Personals erfolgen kann.

gez. Torsten Schaper
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Halles unrühmlicher vierte Platz in der deutschlandweit geführten Kriminalitätsstatistik unterstreicht deutlich, dass unsere Stadt ein akutes Sicherheitsproblem hat. Seit geraumer Zeit wenden sich besorgte Eltern an die Stadtpolitik und berichten von Vorfällen, bei denen ihre Kinder Opfer von Straftaten wurden. In der Vergangenheit beschränkten sich diese Vorfälle hauptsächlich auf Freizeiträume, jedoch hat sich die Lage mittlerweile so verschärft, dass selbst in Schulen Kinder Opfer von Raub- und Gewaltdelikten werden. Eltern berichten schockierend von Fällen, in denen ihre Kinder beispielsweise an dem Thomas-Müntzer-Gymnasium oder der Johann-Christian-Reil-Sekundarschule buchstäblich abgezogen wurden.

Dies hat nicht nur schwerwiegende Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit der betroffenen Schülerinnen und Schüler, sondern beeinträchtigt auch ihren schulischen Erfolg und ihre Lernumgebung erheblich. Ein Gefühl der Unsicherheit und Angst sollte in Bildungseinrichtungen niemals präsent sein. Wir sind als Stadt dazu verpflichtet, die Sicherheit unserer Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten, damit sie sich auf das Lernen konzentrieren können und ein Umfeld vorfinden, das förderlich für ihre persönliche Entwicklung ist.

Die Ausstattung der betroffenen Schulen mit Sicherheitsdiensten ist ein wichtiger Schritt, um diesen dringenden Problemen zu begegnen. Durch die Präsenz von Sicherheitspersonal können potenzielle Straftäter abgeschreckt werden, was zu einer insgesamt sichereren Schulumgebung führt. Dies ermöglicht nicht nur den Schülern ein ruhiges und konzentriertes Lernen, sondern gibt auch den Eltern die Gewissheit, dass ihre Kinder in der Schule in guten Händen sind. Wir müssen als Stadtverwaltung aktiv handeln, um die Sicherheit unserer Jugend zu gewährleisten und eine positive Lernumgebung zu schaffen, in der alle Schülerinnen und Schüler ihr volles Potenzial entfalten können.